Nr. 70 Sonntags-Ausgabe Berlin Sonntag, 10. Februar 1929
A 36 V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint Täglich „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch „Reise und Wanderung" — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Erste Fühlungnahme in Paris

Das Frühstück bei Moreau

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Ist **Paris**, 9. Februar

Die Reparationssachverständigen hatten heute ihre erste Zusammenkunft. Das Frühstück auf der Banque de France, das für diesen Zweck vorgesehen war, ging im engsten Kreise vor sich. Nur die Sachverständigen und ihre Stellvertreter, im ganzen 21 Herren, waren in den Privatsalons des Gouverneurs der Bank, Moreau versammelt, so daß es keiner großen Ceremonie bedurfte, um die Mitglieder miteinander bekannt zu machen. Einige Mühe macht wie immer bei internationalen Konferenzen die Ueberwindung der Sprachenschwierigkeit. Für die deutschen Delegierten wird sie geringer sein, da sowohl die Hauptdelegierten wie die beiden Stellvertreter Französisch oder Englisch sprechen. Für alle Fälle ist als erster Dolmetscher für die Konferenz der berühmte Völkerbundsübersetzer Camerlynck gewonnen.

Von allen Seiten wird ängstlich der selbständige Charakter der Konferenz gewahrt. Aus diesen Gründen unterhalten die Delegierten auch keine offizielle Verbindung mit den Botschaftern ihres Landes. Die deutsche Delegation arbeitet unmittelbar mit der deutschen Pariser Kriegslastenkommission zusammen. Heute nachmittag gab die deutsche Delegation für die deutschen Pressevertreter in Paris einen Tee.

Die deutschen und die amerikanischen Delegierten erwecken hier weitaus das größte Interesse. Allerdings ist man bei den vielen neuen Namen, die auftauchen, noch nicht recht im Bilde. So erscheint z. B. heute in einem der großen Abendblätter unter den Mitgliedern der deutschen Delegation neben Dr. Schacht und Dr. Vögler der Zentrumsabgeordnete Kaas, eine ehrenvolle Berufung, für die der Außenpolitiker des Zentrums gewiß bestens danken wird.

Die offizielle Eröffnungssitzung der Konferenz wird, wie nun endgültig feststeht, am Montag nachmittag 2 Uhr im Hotel Astoria stattfinden.

* **Paris**, 9. Februar

Am Abend des ersten inoffiziellen Konferenztages steht noch nicht endgültig fest, ob Owen Young den Vorsitz der Konferenz übernehmen wird; wenigstens liegt eine bindende Zusage von seiten Owen D. Youngs bis zur Stunde noch nicht vor. Bei den heutigen Besprechungen wurde vereinbart, auf theoretische Erörterungen und größere Referate zu verzichten und sofort in die praktischen Verhandlungen der einzelnen Fragen einzutreten.

Die Delegierten haben sich gegenseitig zur strikten Geheimhaltung der Verhandlungen verpflichtet.

In den Kreisen der deutschen Delegation scheint man von dem Eindruck der ersten Fühlungnahme recht befriedigt zu sein. Die Atmosphäre war freundschaftlich und von dem guten Willen zu vertrauensvoller Zusammenarbeit erfüllt. Es scheint in allen Delegationen die Bereitschaft zu bestehen, gemeinschaftlich an der Lösung der großen weltpolitischen Probleme zu arbeiten, von denen die Reparationsfrage nur einen Teil bildet.

Am Schluß der Besprechungen haben diejenigen Delegierten, die bereits dem Dawes-Komitee angehörten, ein Telegramm an General Dawes geschickt, das u. a. auch von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht unterzeichnet worden ist.

Der Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen Parker Gilbert, der nur von seiner Grippe-Erkrankung wieder vollständig hergestellt ist, hatte heute abend eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Da Parker Gilbert vor Beginn der Konferenz wegen seiner Erkrankung nicht mehr nach Berlin zurückkehren konnte, hat er sofort die Gelegenheit ergriffen, um mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Fühlung zu treten.

Bravo, Richterverein!

Von

Georg Bernhard

Es ist noch nicht allzu lange her, da wurde von den Organisationen des deutschen Richerstandes lebhafte Klage über die Kritik geführt, die ein großer Teil der deutschen Presse an gewissen Urteilssprüchen übte. Die Richter glaubten sich besonders über Verallgemeinerungen beklagen zu müssen, die die Kommentare zu solchen Urteilen enthielten. Sie bemängelten außerdem, daß vielfach wichtige juristische Einzelheiten von der Presse und der weiteren Oeffentlichkeit bei der Beurteilung übersehen oder falsch verstanden waren. Der Preußische Richterverein hat damals einen sehr vernünftigen Ausweg gefunden, um das seinige dazu beizutragen, die Kluft zu überbrücken, die sich zwischen dem Richterstand und dem Volksbewußtsein auftat und zu erweitern drohte. Er hat eine Kommission eingesetzt und ihr die Aufgabe zugewiesen, in jedem die Oeffentlichkeit besonders erregenden Fall den Dingen auf den Grund zu gehen. Der Ausschuß sollte das Ergebnis seiner Prüfung mitteilen, um die Oeffentlichkeit zu beruhigen und aufzuklären. Dadurch unterschied sich der Preußische Richterverein schon damals sehr erfreulich von manchen anderen berufsständischen Organisationen, die leider sehr oft in jedem Fall, in dem irgendwo ein Berufsgenosse angegriffen war, es für die geeignetste Methode, berufsständische Interessen zu wahren, hielten, „flammenden Protest" zu erheben und sich zunächst einmal solidarisch mit dem Angegriffenen zu erklären. Es entsprach dem natürlichen Objektivitätsdrang von Richtern, vor den Protest die Prüfung zu setzen, und für den Fall, daß die sorgfältige Prüfung den Protest nicht rechtfertigen konnte, entweder vermittelnd durch Klarlegung und Belehrung einzugreifen, oder auch offen den Irrtum der Berufsgenossen zuzugestehen. Nun ist ein Fall der letzten Art eingetreten. Der Stahlhelmführer Düsterberg war der öffentlichen Beschimpfung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform angeklagt, weil er in einer Versammlung vor einem großen Publikum geäußert hatte: „Wir wollen diesen Staat, der aus Verrat und Meuterei geboren ist, wieder erobern, um einen Staat auf völkischer Grundlage herzustellen." Die Prenzlauer Gerichte haben die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Angeschuldigten abgelehnt, weil sie in der Aeußerung Düsterbergs keinen Angriff auf die Staatsform im Sinne des Republikschutzgesetzes erblickten. Die Kommission des Preußischen Richtervereins ist nach sorgfältiger Prüfung des Vorfalles zu der Meinung gekommen, daß sie keinen Anlaß finde, für die angegriffenen Richter einzutreten und den Vorwurf zurückzuweisen, daß diese Richter sich bei der Urteilsfindung von politischen Anschauungen nicht hätten freimachen können. Gleichzeitig hat der Preußische Richterverein mitgeteilt, daß seine Untersuchungskommission auch das freisprechende Urteil gegen den Stahlhelmführer Stadler nachprüfen werde, bei dem das Schöffengericht in Gollnow trotz schwerster Ausfälle keine Beschimpfungsabsicht der Republik angenommen hatte.

*

Als der Preußische Richterverein seine Kommission einsetzte, hat man keinen Widerspruch von irgendeiner Seite gehört. Insbesondere die rechtsstehende Presse hat sich damals nicht gerührt. Vielleicht war das damit zu erklären, daß die Angriffe gegen einzelne Richterurteile begreiflicherweise zumeist in linksgerichteten Zeitungen erhoben wurden, und daß die Männer der politischen Rechten sich der Hoffnung hingaben, die Entscheidungen der Kommission des Richtervereins würden eine ständige Deckung für jede Art von politischer Rechtsprechung werden, und damit würde der rechtsstehenden Presse wirksames Agitationsmaterial für ihren Kampf gegen den Staat geliefert werden. Kaum zeigt sich nun, daß die Untersuchungskommission des Richtervereins sich bemüht, nach allen Seiten strengste Objektivität zu wahren, da setzt sofort eine Verdächtigungskampagne von seiten der Rechtspresse ein. Man versucht den preußischen Justizminister scharf zu machen und behauptet das Auftauchen einer Art von „juristischer Nebenregierung". Der preußische Justizminister wird sich hüten, der Selbstreinigungstätigkeit des preußischen Richterstandes in den Arm zu fallen. Aber hoffentlich läßt sich der Preußische Richterverein durch eine noch so heftig auftretende Pressehetze nicht mürbe machen. Denn der Preußische Richterverein übt hier eine Tätigkeit aus, die im höchsten Maße segensreich ist. Segensreich zunächst für den eigenen Stand. Denn wer es unternimmt, für die Richter in all den Fällen einzutreten, in denen irrige Voraussetzungen oder mangelnde Kenntnis des Details dazu führen, richterliche Urteile in der Oeffentlichkeit in falscher Beleuchtung erscheinen zu lassen, der muß sich das dazu notwendige Vertrauen der öffentlichen Meinung dadurch schaffen, daß er auch den Mut hat, Unrecht zuzugeben, wo es begangen ist. Segens-

Primo verbietet den Pessimismus

Ein drakonischer Ukas

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

oe **Madrid**, 9. Februar

Die Regierung hat folgende Bestimmungen erlassen: Anläßlich der Versuche zu Ruhestörungen in der letzten Zeit habe sich gezeigt, daß die öffentliche Meinung den Eindruck erhielt, nicht genügend vor Leuten geschützt zu sein, die Unglück für das Land voraussagten oder eine herausfordernde Sprache führten. Diese ansteckende Krankheit weiter zu dulden, wäre für eine Diktatur Feigheit. Besonders Beamte im Dienste des Staates hätten manches Uebel verschuldet. **Wie Verhaftung bedroht wird, wer an öffentlichen Orten dem Lande Unheil voraussagt oder mit verleumderischer Absicht oder in herabsetzender Weise die Minister oder die hohen Behörden kritisiert. Sämtliche Ministerien führen Listen mit den Namen aller Beamten und mit Bemerkungen über ihre Eignung, Arbeitsamkeit und politische Diskretion ein.** (Bekanntlich können von jetzt ab sämtliche Beamte sofort entlassen werden, die sich öffentlich als Feinde des Regimes bekennen.)

Vereine sozialer oder gesellschaftlicher Art, in denen politische Diskussionen abgehalten werden, sind zu schließen. — Die Vorstände von Vereinen, die behördlicher Genehmigung unterliegen und in denen ein dem Regime feindlicher Geist herrscht, werden abgesetzt; im Wiederholungsfalle wird die betreffende Vereinigung aufgelöst. In den Büros der Einwohnerwehr und in der Union Patriotica wird auf Grund der Angaben der Mitglieder oder Anhänger ein Verzeichnis aller derjenigen geführt, die sich durch Verleumdungen, politische Umtriebe und Demoralisierungsversuche hervortun. Diese Listen werden auf Verlangen oder wenn es nötig erscheint, den Behörden ausgeliefert. **Die Verleumder und Hetzenden Pessimisten werden vom Innenministerium mit einem bis vierzehn Tagen Haft sowie mit 2500 Pesetas bestraft und ferner unter Umständen auch noch vor Gericht gestellt;** über die anderen Vergehen und ihre Bestrafungen entscheidet der Ministerrat, gegen dessen Entscheidungen nicht appelliert werden kann.

Polizei-Terror in Kowno

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Heydekrug** (Memelland), 9. Februar

Aus Kowno wird ein Skandalfall berichtet, der in dortigen politischen Kreisen ungeheures Aufsehen erregt. Der Chefredakteur der Zeitschrift „Jaunymas", der volkssozialistische Journalist A. Belegkas, hat sich an den Ministerpräsidenten Woldemaras gewandt und ihm in ausführlicher Denkschrift detaillierte Anklagen gegen die politische Polizei unterbreitet. Danach hat der Chef der politischen Polizei Litauens, Statkus, versucht, den Journalisten durch Drohungen und Nötigung zu zwingen, der Geheimpolizei als agent provocateur Dienste zu leisten und besonders über die Pläne und Handlungen seiner eigenen Partei, der Volkssozialisten, Spitzelmeldungen zu erstatten. Es wurden ihm bedeutende Geldsummen in Aussicht gestellt.

Mehr als zwei Monate hindurch dauerten die unglaublichen Einschüchterungsversuche des Polizeichefs; da Belegkas aber es weit von sich wies, als Polizeispitzel tätig zu sein, drohte man ihm die Verfolgung wegen „antistaatlicher Umtriebe" an, die ihm das Genick brechen würde. Der Polizeichef verstärkte seine Drohungen für den Fall, daß der Journalist irgend etwas von der ganzen Angelegenheit verlauten lassen würde. Schließlich aber konnte Belegkas den ungeheuren Druck, der auf ihm lastete, nicht mehr ertragen und wagte den verzweifelten Schritt, Woldemaras selbst die himmelschreienden Zustände auseinanderzusetzen.

Abschriften des an Woldemaras gerichteten Schriftstücks sind führenden Politikern in Kowno zugegangen. Die militärische Pressezensur läßt aber natürlich kein Wort in die Oeffentlichkeit. Der junge Journalist ist durch den zähen Kampf mit der Polizei, wie man hört, völlig zusammengebrochen; er befürchtet nun weitere schwere Schikanen durch die Organe des Polizeichefs, dessen Treiben er so schonungslos aufgedeckt hat.